News Archiv December 2020

2020-12-09 11:38

younion: Jetzt in die elementare Bildungsarbeit investieren!

Gewerkschaft kritisiert Blockade der Vereinbarkeitsmilliarde

Im Familienausschuss des Parlaments wurde der Antrag auf eine Vereinbarkeitsmilliarde gestellt. Das Geld sollte auch in die elementaren Bildungseinrichtungen fließen. Judith Hintermeier, selbst Pädagogin und Bundesfrauenreferentin in der younion _ Die Daseinsgewerkschaft: „Die Mittel werden dringend gebraucht, ganz unabhängig von der Pandemie. Meine KollegInnen benötigen endlich Entlastung. Wir fordern unter anderem mehr Personal und kleinere Gruppen!“

Die Vereinbarkeitsmilliarde geht auf eine Initiative der SozialpartnerInnen zurück, die gemeinsam mit der Industriellenvereinigung eine breite Allianz gebildet hat. Christa Hörmann, stellvertretende Vorsitzende der younion _ Die Daseinsgewerkschaft: „Umso unverständlicher ist es, dass die Vereinbarkeitsmilliarde im parlamentarischen Familienausschuss einfach abgelehnt wurde. Hier wird der Wunsch hunderttausender Familien und auch der Wirtschaft einfach ignoriert.“

Judith Hintermeier: „Dabei ist im Regierungsprogramm eine Ausbildungsoffensive für ElementarpädagogInnen bereits festgeschrieben, was wir übrigens sehr begrüßen. Und klar ist auch, dass es zusätzliche Mittel braucht, damit Österreich im europäischen Vergleich Schritt halten kann. Die EU-Staaten investieren im Schnitt ein Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in Kindergärten – in Österreich sind es nur 0,67 Prozent. Wir dürfen hier nicht den Anschluss verlieren!“

Christa Hörmann abschließend: „Ich fordere die Bundesregierung auf das Forderungspapier der SozialpartnerInnen und der Industriellenvereinigung zum Thema ‚Vereinbarkeit von Familie & Beruf‘ so schnell wie möglich umzusetzen.“

Read more … younion: Jetzt in die elementare Bildungsarbeit investieren!

2020-12-03 12:14

younion-Meidlinger: Hören sie uns doch zu, Herr Kanzler!

Gemeinden geht das Geld aus, 8.000 Arbeitsplätze sind in Gefahr, Kommunalgipfel ist überfällig

„Die ExpertInnen warnen, die Medien verbreiten die Nachricht: Den österreichischen Gemeinden geht das Geld aus, rund 8.000 Arbeitsplätze sind in akuter Gefahr. Aber die Bundesregierung stellt sich taub und ruft zur nächsten Pressekonferenz. Statt politischer Hochämter fordern wir die sofortige Einberufung eines Kommunalgipfels unter Einbeziehung der Gewerkschaft“, sagte heute, Donnerstag, der Vorsitzende der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Christian Meidlinger.

„Lesen Sie die Tageszeitungen, Herr Bundeskanzler! Lesen Sie zum Beispiel die „Presse“ vom 2. Dezember 2020 zur finanziellen Lage der Gemeinden. Schwarz auf Weiß: ‚Weil sich deren Finanzen aus Grund und Kommunalsteuern sowie einem Anteil des gesamten Steueraufkommens speisen, das viel geringer ist als sonst, wird das Geld nun vielerorts knapp. Und damit jenes, das Kindergärten, Müllabfuhren oder die hiesige Feuerwehr dringend brauchen.‘ Dasselbe gilt auch für den Bereich der Pflege. Herr Bundeskanzler, die Spatzen pfeifen es von den Dächern, niemand kann noch behaupten, er wisse von nichts. Diese offen gezeigte Gleichgültigkeit ist empörend“, kritisierte Meidlinger.

Auch das Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ) erkennt den Ernst der Lage. Laut seiner Prognose müssten die Gemeinden bis zu zehn Prozent ihres Personals einsparen. Rund 30 Prozent davon im Bildungsbereich. „Was das für die Kindergärten und Schulen, aber auch für Museen, Bäder oder Sporthallen bedeutet, liegt auf der Hand. Der Bund muss dringend frisches Geld zuschießen, die Gemeinden brauchen 2,5 Milliarden Euro, sonst droht ein kommunaler Supergau. Gerade die Bediensteten der Städte und Kommunen, die in der Krise bereits Übermenschliches geleistet haben, haben sie die Missachtung durch die Politik nicht verdient“, schloss Meidlinger.

Read more … younion-Meidlinger: Hören sie uns doch zu, Herr Kanzler!

2020-12-01 17:05

Gemeinden kämpfen gegen Finanznot

Die Coronavirus-Krise hat zu deutlich geringeren Einnahmen der Gemeinden geführt. Nach Prognosen des Zentrums für Verwaltungsforschung (KDZ) fehlen den Kommunen ohne Wien für die Jahre 2020 und 2021 insgesamt 2,5 Mrd. Euro. Einsparungen drohen.

Die Mittel fehlten bei der Deckung der laufenden Ausgaben, sagte der Generalsekretär des Städtebundes, Thomas Weninger, am Dienstag in einer Pressekonferenz. Er forderte weitere Hilfen durch Bund und Länder.

Wie Prognosen des KDZ zeigen, werden die Gemeinden die Finanzkrise nicht aus eigener Kraft tragen

können. Ohne zusätzliche Unterstützung durch Bund und Länder müsste ein massives Sparprogramm mit Leistungskürzungen gefahren werden, um mittelfristig wieder einen ausreichenden Überschuss der operativen Gebarung auf dem Niveau von 2019 zu erzielen. Das würde einen Personalabbau um zehn Prozent – also um rund 7.000 bis 8.000 Arbeitsplätze – und eine Reduktion des Verwaltungs- und Betriebsaufwandes bedeuten.

Schulden und Einsparungen

Ein Teil der Mindereinnahmen müsste auch über Schulden finanziert werden, wobei die Rahmenbedingungen für die Gemeinden wesentlich schlechter seien, als etwa für den Bund, sagte Weninger. Das hätte zur Folge, dass – ohne weitere Unterstützungsmaßnahmen – einerseits bei Investitionen gekürzt wird, andererseits bei Abgangsgemeinden auch über Leistungskürzungen nachgedacht werden müsste. Leistungskürzungen wären dabei grundsätzlich dort möglich, wo „freiwillige" Leistungen erbracht werden.

Konkret bedeuten würde die Reduktion von Leistungsangeboten etwa kürzere Öffnungszeiten in Frei- und Hallenbädern oder anderen kommunalen Einrichtungen, kürzere Betreuungszeiten in Kindergärten, niedrigere Standards bei der Schneeräumung oder Straßenreinigung, Abstriche im öffentlichen Verkehr sowie das Schließen von Einrichtungen wie Kultur- und Sporthallen, Büchereien, Museen und Sozialberatungsstellen. Auch Sozialleistungen könnten gekürzt werden.

Bund soll bei Einnahmen einspringen

Das KDZ empfiehlt daher ein Bündel an Maßnahmen, welches von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam getragen werden sollte. Die Gemeinden könnten sich im Vergleich zu Bund oder Ländern schwerer selbstständig aus der Krise hinausmanövrieren. Zur grundsätzlichen Absicherung der Liquidität und der kommunalen Leistungsangebote wäre neben dem bestehenden kommunalen Investitionspaket auch ein zumindest teilweiser Ersatz der Einnahmenausfälle notwendig.

Ein weiterer Vorschlag des KDZ sieht einen Ausgleich der Mindereinnahmen aus der Steuerreform und bei der Kommunalsteuer vor. Dies würde eine Entlastung für die Kommunen in der Höhe von zumindest 1,5 Mrd. Euro für 2021 bedeuten. Um das Potenzial der Gemeindeinvestitionen als Stabilisator in der Wirtschaftskrise nutzen zu können, werde auch ein Ausbau der Investitionsprogramme notwendig sein – etwa um eine Mrd. Euro im Jahr 2021.

Bessere Abstimmung notwendig

Zusätzlich bedarf es laut dem KDZ einer besseren Abstimmung zwischen den Gebietskörperschaftsebenen, etwa durch die Einberufung eines Kommunalgipfels, um die Problemlage aufzuzeigen und gemeinsam Lösungen zu suchen. Auch im Blick sollten mittel- bis langfristige Strukturreformen sein, um die finanzielle Autonomie der Gemeinden langfristig wiederherzustellen und abzusichern.

Ebenfalls nicht zuletzt aufgrund der Coronavirus-Krise ist zu befürchten, dass der Anteil der sogenannten Abgangsgemeinden, welche ihre Ausgaben und Tilgungen nicht mehr durch laufende Einnahmen decken können, bis 2021 auf 60 Prozent ansteigt, zeigen die Prognosen.

Read more … Gemeinden kämpfen gegen Finanznot